

Stand: 25.06.2026 04:08:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/23226

"Dem Ehrenamt in Bayern eine starke Stimme geben - Sitz im Rundfunk- und Medienrat für die Bürgerallianz Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/23226 vom 10.07.2018
2. Beschluss des Plenums 17/23465 vom 12.07.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 138 vom 12.07.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Dem Ehrenamt in Bayern eine starke Stimme geben – Sitz im Rundfunk- und Medienrat für die Bürgerallianz Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Änderung des Bayerischen Rundfunk- und des Bayerischen Mediengesetzes vorzunehmen, sodass die Bürgerallianz Bayern als Vertretung für 2,2 Millionen engagierte bayerische Bürgerinnen und Bürger künftig jeweils einen Sitz im Rundfunkrat und Medienrat erhält.

Begründung:

Das Bild der Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aufgrund demografischer Entwicklungen, aber auch aufgrund tiefgreifenden wirtschaftlichen und technischen Wandels erheblich verändert. Um diesen Entwicklungen in ausreichendem Maße Rechnung tragen zu können, sind Rundfunkrat sowie Medienrat als pluralistisch zusammengesetzte Gremien konzipiert, denen auch Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen in Bayern angehören. Zu den jeweils 50 Mitgliedern zählen unter anderem der Bund Naturschutz, Lehrerverbände und Elternvereinigungen, der Bayerische Jugendring oder aber der Bayerische Landessportverband. Durch die pluralistische Zusammensetzung der Gremien soll sichergestellt werden, dass unsere Gesellschaft in ihrer Vielseitigkeit und ihrem Facettenreichtum widerspiegelt wird und die Interessen der Allgemeinheit im Sinne von Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt gewahrt werden können.

Bis heute sehen jedoch das Bayerische Rundfunkgesetz und das Bayerische Mediengesetz keine Beteiligung der Bürgerallianz Bayern vor. Dabei vertritt die Bürgerallianz 2,2 Millionen Menschen in Bayern und deckt durch ihre Mitgliedsverbände ein sehr breites Spektrum an gesellschaftlichen Interessensfeldern ab. Sie ist Ausdruck der bayerischen Heimat, Zeichen eines lebendigen, vom Ehrenamt getragenen Vereinslebens und steht dabei für eine bayerische Gesellschaft des Fortschritts, die gleichzeitig in ihren Werten und Traditionen tief verwurzelt bleibt. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist es angebracht, der Bürgerallianz Bayern künftig in beiden Gremien jeweils einen Sitz einzuräumen.

Denn Ziel muss es sein, die Gremien darauf auszurichten, dass in ihnen Personen mit möglichst vielfältigen Perspektiven und Erfahrungshorizonten aus allen Bereichen des Gemeinwesens vertreten sind. Insbesondere die Bürgerallianz wäre aufgrund der Vielzahl an Mitgliedsverbänden und Menschen, die sie vertritt, hervorragend dazu geeignet, unsere bayerische Gesellschaft und Kultur, die wesentlich vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger getragen wird, in ihrer gesamten Vielfalt und Eigenheit abzubilden. Bürgerchaftliches Engagement braucht eine noch stärkere Stimme.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/23226

Dem Ehrenamt in Bayern eine starke Stimme geben – Sitz im Rundfunk- und Medienrat für die Bürgerallianz Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Alex Dorow

Abg. Martina Fehlnr

Abg. Ulrike Gote

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Staatsminister Franz Josef Pschierer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich beginne noch mal: Wir kommen zur gemeinsamen Beratung des

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Dem Ehrenamt in Bayern eine starke Stimme geben - Sitz im Rundfunk- und Medienrat für die Bürgerallianz Bayern (Drs. 17/23226)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)
Überprüfung der Zusammensetzung von Rundfunkrat und Medienrat (Drs. 17/23245)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Aiwanger von BÜNDNIS – –

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Von den FREIEN WÄHLERN. Das war ein schlimmer Fehler.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Es gibt überall Gute. Sie brauchen sich dafür nicht zu entschuldigen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute die letzte Sitzung und starten dann in die Sommerpause. Sie von der CSU haben uns jahrelang erzählt, Bayern sei die Vorstufe zum Paradies. Das hat durchaus etwas Märchenhaftes an sich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Insofern verstehe ich nicht, dass ein Kollege von Ihnen, der mit Kindern umgeht, es als ehrenrührig empfindet, wenn man ihn als Märchenerzähler tituliert.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Meine Kinder zu Hause bestehen jeden Tag darauf, dass wir Märchen erzählen.

(Lachen bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Da bist du der Beste!)

Das gefällt ihnen. – Jetzt steigen wir in die Politik ein. Auch da wird das eine oder andere Märchen erzählt, und zwar vor allem von Ihnen. Von uns kommen die Fakten.

(Lachen bei der CSU)

Die kommen hiermit, meine Damen und Herren. Wir gehen in den nächsten Tagen wieder vermehrt raus auf die Schützenfeste, zu den Trachtenvereinsumzügen, zu den Imkern, zu den Reit- und Fahrvereinen und zu den Obst- und Gartenbauverbänden, sagen diesen Leuten, wie wichtig sie sind, machen dort ein Foto, idealerweise für die Heimatpresse und für Facebook, und gehen dann nach Hause. Am Montag kommt bei diesen Verbänden die Datenschutz-Grundverordnung auf den Tisch geflattert, und sie wissen nicht, wie sie damit umgehen sollen. Am Dienstag kommt nach dem Fest das Finanzamt, am Mittwoch kommt die Bürokratie zur Jugendarbeit des Vereins. Dann sind sie ziemlich alleine gelassen. Die Politik muss hier einiges unternehmen, um der Stütze des Ehrenamtes in Bayern, dieser Vielzahl der Vereine und Verbände draußen, die eine tolle Jugendarbeit leisten, sich um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft kümmern und das Brauchtum pflegen, in der öffentlichen Wahrnehmung eine stärkere Stimme nach dem Motto "Tu Gutes und rede darüber" zu geben. Diesen Verbänden soll auf der Rundfunkebene und auf der Medienebene mehr Einfluss bei der Darstellung ihrer gesellschaftsstützenden Arbeit gegeben werden.

Deshalb liegt der Antrag der FREIEN WÄHLER vor, der Bürgerallianz Bayern, die ein Dachverband von mittlerweile 24 solchen bürgerlichen Organisationen ist, jeweils einen Sitz im Rundfunkrat und im Medienrat einzuräumen. Bei jeweils 50 Sitzen in diesen Verbänden ist es an der Zeit, der enormen gesellschaftspolitischen Bedeutung der Bürgerallianz Bayern auch in medialer Hinsicht die Basis zu geben, um ihre Arbeit noch besser darstellen zu können. Sie sehen auch im internationalen Darstellungs- und Medienbetrieb keinen Film über Bayern, in dem nicht ein Trachtenumzug als iden-

titätsstiftend und für Bayern typisch dargestellt wird. Umso mehr sehen wir es an der Zeit, dieser Organisation diesen Einfluss einzuräumen. Die Herrschaften sind von sich aus auf uns zugekommen und haben gesagt, das würden wir uns dringend wünschen. Wir haben draußen sehr viele Themen, die wir gerne besser rüberbringen würden und wo wir unsere Bedeutung besser darstellen könnten, wenn wir im Medienbereich mehr Einfluss hätten und wenn man darauf hinwiese, welche tolle Medienarbeit wir machen und welche tolle Jugendarbeit wir vor Ort leisten, was aber vielleicht überregional nicht so durchschlägt.

Deshalb fordern wir FREIE WÄHLER ganz klar, der Bürgerallianz Bayern dieses Sprachrohr zu geben. Wir sind davon überzeugt, dass ihren Verbänden diese Sitze mehr als zustehen und dass das auch im Sinne Bayerns ist, weil sie durch ihre Arbeit dem bayerischen Steuerzahler sehr viel Geld sparen. Wenn diese Verbände ihre Arbeit nicht mehr so leisten würden, würde uns das sehr viel Geld kosten. Sie haben noch sehr viele Reserven, sehr vieles könnte noch besser laufen, wenn sie in der öffentlichen Wahrnehmung mit einer positiven Berichterstattung noch mehr auf sich aufmerksam machen könnten. Deshalb bitten wir vor allem Sie, die regierende Partei, diesem Anliegen näherzutreten und diesen Leuten die gewünschte Basis zu geben.

Sie sollten sich hier nicht verweigern und argumentieren, die wären ja schon irgendwo über die anderen Verbände vertreten, die im Rundfunkrat und im Medienrat sitzen. Wenn Sie genau hinsehen, werden Sie feststellen, dass gerade die ehrenamtlichen Verbände, die ich jetzt angesprochen habe, nicht mit dieser Durchschlagskraft vertreten sind. Das, was ich fordere, ist bisher nicht abgebildet. Wenn Sie so argumentieren würden, wäre das eine billige Ausrede. Verbände wie der Landes-Sportverband sind zwar in den Gremien vertreten, aber nicht der Trachtenverband, die Fischer, die Jäger oder die Imker. Alle diese ehrenamtlich tätigen Berufsgruppen sind bisher nicht vertreten. Das wäre dringend nötig. Tun Sie das, dann tun Sie noch etwas Gutes vor den Sommerferien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Dorow von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der könnte einen abtreten!)

Alex Dorow (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) – Wen soll ich abtreten?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Einen Sitz, wenn Sie keinen neuen schaffen wollen!)

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Aiwanger, als fünffacher Familienvater finde ich es gut, dass Sie den Märchenerzählern ein bisschen mehr Reputation verschaffen wollen. Die Brüder Grimm waren auf diesem Gebiet die bisher unbestrittenen Führungskräfte. Ich möchte nicht sagen, die Brüder Aiwanger würden deren Nachfolge antreten. Ich weiß nicht, ob Sie einen Bruder haben. Um der Wahrheit Ehre zu geben: Sie haben die Bitte geäußert, wir sollten uns nicht verweigern. Ich kann Sie beruhigen, wir werden uns nicht verweigern, zumindest nicht in dem Sinne, wie Sie es vielleicht erwarten.

Im Dezember 2016 haben wir in Zweiter Lesung die Änderung des Rundfunkgesetzes und des Mediengesetzes beschlossen. Bei dieser Änderung lag der Schwerpunkt unter anderem auf der Zusammensetzung des Rundfunkrates und des Medienrates. Diese Gesetzesänderung war, wie Sie sich sicher erinnern, aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag mit den Anforderungen an die Vielfalt und Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks notwendig. Ich kann mich gut erinnern, dass wir uns damals intensiv über die Ausgestaltung der Aufsichtsgremien ausgetauscht haben. Dazu fand auch eine Anhörung im Bayerischen Landtag statt.

Die verschiedenen Gesetzentwürfe der Staatsregierung und der Fraktionen zeigten schon damals die ganze Bandbreite der unterschiedlichen Wünsche und Vorschläge für die Besetzung der Gremien. Ich bin der Meinung, dass wir damals einen guten Gesetzentwurf beschlossen haben. Nachdem diese Gesetzesänderung erst zum 1. Janu-

ar 2017 in Kraft getreten ist und am 1. Mai 2017 bei der Neukonstituierung der Gremien erstmals Anwendung gefunden hat, halte ich es für etwas verfrüht, erneut eine Änderung herbeizuführen. Ich gebe Ihnen aber recht, Kollege Aiwanger, wenn Sie sagen, dass die Bürgerallianz über ihre Mitgliedsverbände ein sehr breites und wichtiges Spektrum an gesellschaftlichen Interessensfeldern abdeckt. Das Ehrenamt bildet die wichtige Basis für die Gesellschaft in den Städten und Gemeinden, und Ihre Argumentation ist insofern folgerichtig und gut.

Erlauben Sie mir aber, die Frage in den Raum zu stellen, ob Ihre Argumentation vielleicht nur gut gemeint anstatt gut ist. Warum? – Wenn wir allein auf die zu vertretenden Vereine und Verbände schauen, sollten wir auch überprüfen, welche davon bereits in den Gremien berücksichtigt sind. Sie haben es selber angesprochen. Eine doppelte Zuteilung von Sitzen sollten wir für meine Begriffe vermeiden, zumindest sollten wir das versuchen. Schließlich haben wir bereits über die Zusammensetzung der Gremien intensiv diskutiert. Wenn wir jetzt einen Verband mit einem Einzelbeschluss bevorzugen würden, könnten alle anderen Verbände ebenso die Berücksichtigung einfordern. Wollen wir dieses Fass ein gutes Jahr, nachdem wir das Gesetz neu gefasst haben, wieder aufmachen?

Vor eineinhalb Jahren haben wir dieses Gesetz beraten und beschlossen. Die jeweiligen Vertreter in den Gremien sind gerade einmal ein Jahr im Amt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hier vor einem Schnellschuss warnen, aber nicht deshalb, weil ich der Meinung wäre, dass die Bürgerallianz nicht vertreten sein sollte. Einen Dringlichkeitsantrag in der letzten Sitzung vor der Sommerpause und kurz vor dem Ende der Legislaturperiode sehe ich als falsches Instrument. Ich bin auch ganz nebenbei über die Formulierung verwundert. Ich zitiere: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Änderung des Bayerischen Rundfunk- und des Bayerischen Mediengesetzes vorzunehmen, ..."

Ich glaube nicht, dass ich Ihnen hier Nachhilfe geben muss, aber die Gesetze verabschiedet laut Gewaltenteilungsgrundsatz die Legislative, also der Bayerische Landtag.

Ich unterstelle Ihnen auch nicht, dass Sie diesen Antrag mit dem Ziel gestellt haben, dass ihn die CSU wegen verschiedener Mängel ablehnt, sodass Sie dann im Wahlkampf behaupten können, Sie hätten sich für eine Stärkung des Ehrenamtes eingesetzt, aber die CSU hätte das abgelehnt. Ich hoffe, dass das nicht der Fall ist. Inhaltlich und an der Zielrichtung Ihres Dringlichkeitsantrags kann und möchte ich nichts aussetzen. Wegen der eben genannten Punkte kann man dem Antrag aus unserer Sicht aber so nicht zustimmen.

Wie Sie sehen, hat die CSU aber auf den Dringlichkeitsantrag reagiert und einen eigenen Dringlichkeitsantrag nachgezogen. Damit wollen wir deutlich machen, dass der Grundgedanke, die Bürgerallianz Bayern künftig in die Aufsichtsgremien aufzunehmen, geteilt wird. Ursprünglich war geplant, die Zusammensetzung des Rundfunkrates und des Medienrates erst nach zwei Legislaturperioden erstmals zu evaluieren – ich erinnere an das Stichwort Versteinerung –, um eben der Versteinerung der Gremien entgegenzuwirken und aktuellen relevanten gesellschaftlichen Strömungen Raum zu geben. Wir würden Ihnen nun damit entgegenkommen und vorschlagen, dass diese Überprüfung bereits in der nächsten Legislaturperiode vorgenommen wird und dass dabei ausdrücklich auch eine Berücksichtigung der Bürgerallianz Bayern in den Blick genommen wird. Sollte diese Überprüfung ergeben, dass bereits früher Änderungen nötig werden, sind wir hierfür offen, Kollege Aiwanger.

Wie ich vorhin bereits gesagt habe, muss aber auch überprüft werden, welche Vertreter der Bürgerallianz bereits jetzt die Möglichkeit hätten, bei der Besetzung der Gremien berücksichtigt zu werden. Ich möchte gerne darauf hinwirken, dass wir diese Überprüfung in einem geordneten und strukturierten Verfahren, meinerseits auch deutlich früher als nach zehn Jahren, und verbunden mit einer sorgfältigen Abwägung vornehmen. So fordert es auch das Bundesverfassungsgericht, indem es den Gesetzgeber verpflichtet, das Spannungsverhältnis von Kontinuität und Flexibilität in der Zusammensetzung dieser Gremien zu berücksichtigen.

Mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam darauf hinwirken. Ich bin grundsätzlich für eine Berücksichtigung der Bürgerallianz, aber ich möchte nicht das Risiko eingehen, dass dies ein erster Schritt in eine willkürliche Sitzvergabe wird. Deswegen kann ich zusammenfassend verkürzt sagen: Wir unterstützen das Ehrenamt wie kein anderes Land in Deutschland. Wir sind auch mit der Bürgerallianz gerade wegen des Themas Bürokratie in einem engen Austausch, um unnötige Hürden zu überwinden. Deswegen meine Bitte: Lassen Sie uns die Überprüfung der Gremienzusammensetzung gemeinsam anstoßen. Sollte daraufhin eine Änderung erforderlich werden, wollen wir den Vorschlag eines Sitzes für die Bürgerallianz selbstverständlich in das Verfahren einbeziehen und zu einem wichtigen Aspekt der Beratung machen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Fehlner von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Martina Fehlner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen, ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Bayern eine Stimme in der Aufsicht über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und über die Bayerische Landeszentrale für neue Medien zu geben, ist zweifelsohne ehrenwert. Dafür haben wir auch Sympathie. Schon bei der jüngsten Reformdiskussion über die Zusammensetzung der Gremien vor zwei Jahren, im Jahr 2016, hat die SPD-Fraktion zwei Sitze für die Vertretung des bürgerschaftlichen Engagements vorgeschlagen. Bedauerlicherweise hat die CSU mit ihrer Mehrheit blockiert und dafür keine Notwendigkeit gesehen. Herr Aiwanger, zustimmen können wir allerdings dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schade!)

Mit Ihrem Antrag fordern Sie die Staatsregierung auf, eine Änderung des Bayerischen Rundfunk- und des Bayerischen Mediengesetzes vorzunehmen. Das ist aus unserer

Sicht nicht der richtige Weg. Kolleginnen und Kollegen, Gesetze macht nicht die Staatsregierung. Gesetze machen wir, der Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wäre an dieser Stelle ein formeller Gesetzentwurf der einzig seriöse Weg und das richtige Instrumentarium. Herr Aiwanger und Herr Piazzolo, ich frage mich, warum Sie das nicht gemacht haben. Aus unserer Sicht ist Ihr Antrag ein nicht ernst gemeinter Schaufensterantrag, bei dem Sie von vornherein davon ausgehen, dass die Mehrheitsfraktion ihn ablehnen wird.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Davon muss man bei jedem Antrag ausgehen! Ihnen geht es doch nicht anders!)

Bei wem wollen Sie damit Punkte sammeln? – In der über Jahre andauernden Reformdebatte zur Rundfunkaufsicht hatten alle Oppositionsfraktionen eigene Gesetzentwürfe vorgelegt, die ein gemeinsames Ziel bzw. den Auftrag hatten, die gesellschaftliche Dynamik, die Relevanz und die wachsende Vielfalt in unserem Land in der Aufsicht über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die BLM differenzierter als bisher abzubilden und der Dominanz einer alten Verbändestruktur entgegenzuwirken.

Unser Gesetzentwurf sah vor, die Entsendeorganisationen durch die Integration neuer Gruppen und gesellschaftlich relevanter Perspektiven zu ergänzen. Das darf ich noch mal anführen. Das waren die Wohlfahrtsverbände, die Organisationen queerer Lebensformen, die Vereinigungen der Konfessionslosen, der Landesfrauenrat, der Landessenorenrat, muslimische Verbände, Menschenrechts- und Verbraucherschutzorganisationen, Film- und Fernsehschaffende und natürlich Vertreter des Ehrenamtes in unserer Gesellschaft. Das war unsere Empfehlung für die Gremienbesetzung. Immerhin sind seit Mai 2017 Ausländerbeiräte sowie Verbände für Menschen mit Behinderungen in den Gremien vertreten.

Das Rundfunk- und das Mediengesetz sehen vor, dass die Staatsregierung die Zusammensetzung der Gremien immer wieder dahingehend überprüft, ob sie die Aktualität der Perspektiven und Einstellungen in unserer Gesellschaft widerspiegeln. Diese Überprüfung steht im Jahr 2024 an. Insofern wiederholt der Antrag der CSU schlichtweg die gesetzliche Auftragslage. Dass in den Kreis der Vorschläge für eine Vertretung im Rundfunkrat und im Medienrat die Vertreter des bürgerschaftlichen Engagements, etwa die Bürgerallianz, aufgenommen werden, versteht sich von selbst, Kolleginnen und Kollegen. Deshalb werden wir den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen, und dem Antrag der CSU werden wir zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Gote von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben über die Reform des Rundfunkrats und des Medienrats infolge des ZDF-Urteils in diesem Haus Ende des Jahres 2016 debattiert. Für uns GRÜNE – das muss ich ganz klar sagen – war das Ergebnis alles andere als zufriedenstellend. Wichtige Ziele wurden nicht erreicht. Dazu zählen eine echte Staatsferne, die Abbildung der Vielfalt der Gesellschaft sowie ein kleineres und schlagkräftigeres Gremium. Das alles wurde nicht erreicht. Damals haben wir auch einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Dieser sah tatsächlich vor, dass wir zu kleineren Gremien kommen. Wir haben auch den Mut gehabt, zu sagen, welche Vertreter aus dem Medienrat und dem Rundfunkrat vielleicht raus sollten, weil sie zwei Sitze innehaben oder aufgrund des gesellschaftlichen Wandels nicht mehr in das Gremium gehören. Wir haben Vorschläge für mehr Vielfalt gemacht. Wir wollten Vertreterinnen und Vertreter der Muslime, der Säkularen und der Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender – für Herrn Eck, der gerade draußen ist, auf Deutsch: LSBTI, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle,

Transgender und Intersexuelle –, der Sinti und Roma sowie mehr Sachverstand in den Gremien haben.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Eck ist da! Erst schauen, dann reden!)

– Er war da. Gut, dann sage ich es für Sie noch einmal: Vertreter der LSBTI. Ich muss schließlich deutsch reden. Wir wollten mehr Sachverstand durch Vertreterinnen und Vertreter der Bitkom erhalten. Des Weiteren haben wir eine bunte Bank vorgesehen, um einen kreativeren und schnelleren Wechsel innerhalb der Gremien zu ermöglichen. Dort hätten Gruppen oder Einzelpersonen, ohne dass sie unbedingt verbandlich organisiert sein müssen, Platz gefunden. Außerdem fordern wir Vertreter aus dem Bereich Digitales und Medientechnik, der Jugend sowie aus dem bürgerschaftlichen Engagement.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber können wir gerne noch einmal reden. Ich glaube, die nächste GRÜNE-Fraktion wird hierzu auch die entsprechenden Vorschläge machen, gerade mit Blick auf den verabschiedeten Staatsvertrag mit den Sinti und Roma, deren kulturelle Beteiligung dort eindeutig festgeschrieben ist. Das ist ein ganz konkreter Auftrag für dieses Haus.

Über diese Dringlichkeitsanträge kann man jedoch nur den Kopf schütteln, wenn man über das Stirnrunzeln hinausgekommen ist. Sie schlagen allen Ernstes vor, die Bürgerallianz Bayern als einzigen Dachverband für bürgerschaftliches Engagement aufzunehmen. Wir sollten uns anschauen, was das überhaupt ist. Das ist kein Dachverband für bürgerschaftliches Engagement. Das ist eine Spielwiese für altgediente CSU-Parteigranden, die dort eine neue Betätigung gefunden haben.

(Peter Winter (CSU): Unverschämtheit!)

Das ist ein Dachverband, der sich keineswegs den Zielen der einzelnen Verbände verpflichtet fühlt. Ich habe mir nämlich die Mühe gemacht, die Ziele des Verbandes zu er-

mitteln. Das ist ein Verband, der ganz andere Ziele verfolgt. Ich habe mir die Mitglieder angeschaut. Ich muss feststellen, dass dies ein Männerverband für Männerverbände ist. Es gibt keine einzige Präsidentin. Allein deshalb kann dieser Verband nicht in den Medienrat und den Rundfunkrat, da er gar keine Frau schicken könnte. Das muss er jetzt nach der letzten Gesetzesänderung tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wird schwierig werden. Jetzt sage ich Ihnen, warum das kein Verband ist, der dort hineingehört. Das ist kein Verband, der sich für die Jagd, die Fischerei oder sonst etwas einsetzt.

(Peter Winter (CSU): Für die Blasmusik!)

– Nein, auch nicht für die Blasmusik. Da muss ich Sie enttäuschen. – Sie müssen das Manifest einmal lesen. Das ist ein Verband, der einen Angriff auf unseren demokratisch verfassten Staat fährt. Der Verband schreibt in seinem Manifest: "Wir wollen unser Land lebens- und liebenswert erhalten." So weit, so gut. "Deshalb wünschen wir uns, dass die Geschicke der Menschen in unserem Land von jenen regiert werden, die hierfür auch tatsächlich legitimiert sind." Liebe Kolleginnen und Kollegen, was soll das nun heißen? – Das sind die Gewählten. Das ist das Parlament. Das ist die Regierung. Das sind die tatsächlich Legitimierten. Das sind nicht die Männerbünde, die glauben, weil sie sich zusammentun und jahrelang einem Verein vorstehen, können sie in die Geschicke der Medienpolitik hineinregieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Horst Arnold (SPD): Sehr gut!)

Würde man Ihrem Vorschlag folgen, würden wir durch die Hintertür wieder mehr Staatsnähe bekommen. Zufälligerweise – das habe ich schon gesagt – sind viele der Präsidenten, die dort aufgeführt sind, CSU-Mitglieder.

(Widerspruch bei der CSU)

Das Bundesverfassungsgericht hat ganz klar gesagt, dass mit den beteiligten Organisationen nicht durch die Hintertür wieder mehr Staatsnähe herbeigeführt werden soll.

(Unruhe)

Deshalb ist dieser Antrag abzulehnen. Die Bürgerallianz ist keine sinnvolle Erweiterung der Gremien. Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Jetzt hat Herr Prof. Dr. Pia-zolo das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Pia-zolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um die soeben geäußerte Kritik an der Bürgerallianz zurückzuweisen. Ich tue das hiermit ganz deutlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Peter Winter (CSU): Danke schön, Herr Kollege!)

Der Verein vertritt in Bayern 2,2 Millionen.

(Peter Winter (CSU): Ehrenamtliche!)

– Ehrenamtler. – Ich möchte ganz deutlich sagen, selbst wenn der ein oder andere CSUler in den Vorständen sitzt, ist das nichts Ehrenrühiges. Ich möchte das grundsätzlich ganz deutlich sagen.

(Allgemeine Heiterkeit – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Beifall! – Tobias Reiß (CSU): Wir können auch zwischen den Zeilen hören! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Warum haben wir den Dringlichkeitsantrag eingereicht? Warum haben wir ihn gerade zu diesem Zeitpunkt eingereicht? – Wir haben bereits vor vier Jahren, also 2014,

einen Gesetzentwurf gemacht, in dem die Forderung nach einem Sitz der Bürgerallianz im Rundfunk- und im Medienrat enthalten war. Lieber Kollege Dorow, ich begrüße daher grundsätzlich, dass sich die CSU jetzt darüber Gedanken macht, ob das richtig ist. Das hätte die CSU-Fraktion aber damals auch schon tun können. Sie haben zu Recht gesagt, dass das Gesetz 2017 in Kraft getreten ist. Die CSU-Fraktion hätte also drei Jahre Zeit gehabt. Dem Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER muss man jetzt natürlich nicht zustimmen; das wäre zwar gut, aber ich sehe ein, dass man das vielleicht jetzt nicht tut. Aber man hat drei Jahre Zeit gehabt, um den Vorschlag in den eigenen Gesetzentwurf aufzunehmen, und das ist nicht passiert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei uns stand das drin!)

Erst auf unseren Dringlichkeitsantrag hin haben Sie sich bewegt. Dafür hat sich der Dringlichkeitsantrag bereits gelohnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war wichtig, dass wir Bewegung in die Angelegenheit gebracht haben. Eine Allianz, die 2,2 Millionen Bürger vertritt, hat es verdient, im Medienrat und im Rundfunkrat eine Stimme zu bekommen. Deshalb haben wir dieses Anliegen noch vor der Sommerpause eingebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich dem Herrn Staatsminister das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die FREIEN WÄHLER zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt haben. – Jetzt hat der Herr Staatsminister Pschierer das Wort. Bitte schön.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr könnt also noch in euch gehen! – Tobias

Reiß (CSU): Da finden wir ja nichts!)

Staatsminister Franz Josef Pschierer (Wirtschaft, Energie und Technologie): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme für die Staatsregierung gerne zu diesem Dringlichkeitsantrag Stellung. Zum Ersten war das bayerische Wirtschaftsministerium, also mein Haus, bis zur Regierungsneubildung für den Medienbereich zuständig. Es war nicht für die öffentlich-rechtlichen Medien, sondern für die Medien im privaten Bereich, also auch für den Medienrat, zuständig.

Zum Zweiten bin ich seit vielen Jahren selbst ehrenamtlich aktiv und führe mit vielen anderen Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses einen nicht kleinen Verband mit etwa 40.000 aktiven Mitgliedern. Ich weiß also genau, was das Thema Ehrenamt bedeutet.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Gote, schauen Sie sich die Mitglieder der Bürgerallianz an. In der Bürgerallianz sind Verbände vertreten, ohne die die Jugendarbeit, die kulturelle Arbeit und die soziale Arbeit im ländlichen Raum nicht darstellbar wären.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb weise ich die Kritik mit Entschiedenheit zurück.

Zum Dritten hat sich die Staatsregierung bei der Unterstützung des Ehrenamts in den letzten Jahren nicht auf schöne Worte beschränkt. Kollegen wie zum Beispiel Peter Winter können bestätigen, dass in vielen Bereichen vieles getan wurde. Ehrenamtliches Engagement beispielsweise im musischen oder sportlichen Bereich wäre ohne die finanzielle Förderung der Verbände nicht möglich. Zudem wurden die Investitionskostenzuschüsse, die es in vielen Bereichen gibt, in den letzten Jahren nicht unerheblich angehoben. Des Weiteren gibt es zahlreiche Beauftragte der Staatsregierung für das Ehrenamt, die Ehrenamtskarte und nicht zuletzt das Ehrenzeichen des Bayerischen Ministerpräsidenten, welches Persönlichkeiten verliehen wird, die sich im Freistaat um das Ehrenamt verdient gemacht haben. Da ich Präsident eines Musikbundes

mit etwa 800 Ensembleleitern bin, ist mir Menschliches nicht fremd. Die Ensembleleiter bedanken sich bei der Politik für die Förderung und die Unterstützung. Sie beklagen eher das Thema Bürokratie. Über dieses Thema diskutieren wir immer wieder im Hohen Haus. Für die Organisation eines Gauschützenfestes oder eines Bezirksmusikfestes sind die Ordner heutzutage drei- bis viermal so dick wie noch vor 20 Jahren. Wir müssen uns im Hohen Haus alle auf die Brust klopfen. Auch die Abgeordneten im Deutschen Bundestag müssen das tun. Diese Bürokratie auf allen Ebenen haben nicht Vereinsvorstände, sondern hat zum großen Teil die Politik geschaffen.

(Horst Arnold (SPD): Sicherheitsrecht ist Landesrecht!)

Mich stört der Vollzug. Wir sollten auf den Vollzug achten. In 71 Landkreisen und 25 kreisfreien Städten des Freistaates ist der Vollzug unterschiedlich geregelt. Man könnte den Vereinsvorständen das Leben auch leichter machen. Das soll jetzt keine Schelte und kein Vorwurf sein, aber ein Appell an die kommunalpolitisch Verantwortlichen: Ermöglicht Feste, und erschwert diese nicht unnötig durch bürokratische Auflagen!

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zu Ihrem Antrag. Ich kann die Zusammensetzung des Medienrates während der Zeit dieser Legislaturperiode gut beurteilen. Im Übrigen war ich selbst einmal Mitglied dieses Gremiums. Ich halte nichts davon, das Gremium ohne vorherige Evaluierung zu erweitern. Wir haben den Rundfunk- und den Medienrat zum 1. Januar 2017 nach langen Diskussionen noch einmal erweitert. Ein Vertreter der Behinderten, ein Vertreter der Migranten und ein Vertreter aus dem Verbandsbereich Freizeit und Tourismus wurden aufgenommen. Ich bin davon überzeugt, dass die derzeitige Zusammensetzung auch die Vielfalt der Gesellschaft abbildet. Wichtig ist eine regelmäßige Evaluierung. Bei der Evaluierung und der Abwägung werden selbstverständlich auch die Interessen der Bürgerallianz berücksichtigt.

Allerdings sollten wir den folgenden Fehler nicht machen: Die Vertreter im Medienrat, egal, aus welchem Bereich sie kommen, sollen nicht nur die Verbandsbrille tragen, sondern in erster Linie die Interessen der Allgemeinheit berücksichtigen. Deshalb ist dieser Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Ich persönlich halte auch den Inhalt für nicht zielführend. Schauen Sie sich die Gremien in Deutschland an. Mittlerweile haben wir mit dem Medienrat und dem Rundfunkrat mit die größten Gremien. Man kann Gremien aber nicht unendlich aufblasen. Daher lehnen Sie den Antrag bitte ab. Das ändert aber nichts daran, dass sich die Staatsregierung auch weiterhin sehr begeistert für das bayerische Ehrenamt einsetzen wird.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die Wartezeit für die namentliche Abstimmung ist noch nicht erfüllt. Die Abstimmung kann noch nicht erfolgen, da die Wartezeit von 15 Minuten noch nicht vorbei ist. – Herr Prof. Dr. Piazzolo, kommen Sie bitte wieder ans Rednerpult. Es sind erst 5 Minuten vorbei.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der Argumente der CSU und der SPD möchte ich einen Hinweis geben. Wir werden die Formulierung im Antrag folgendermaßen ändern: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken,..." Uns ist wohl bewusst, dass die Gesetze hier gemacht werden. Wir werden die Formulierung so ändern. Vielleicht fällt es der CSU-Fraktion dann leichter zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der Antragsteller hat seinen Antrag modifiziert. Wie bereits erwähnt, können wir leider erst später abstimmen.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Schuster, Güll und anderer und Fraktion (SPD)

betreffend "Keine Entlassung von Lehrkräften zu Beginn der Sommerferien" auf Drucksache 17/23225 bekannt. Mit Ja haben 60, mit Nein haben 83 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. – Ich komme auf den Dringlichkeitsantrag Nummer 2 zurück. Als Erstes lasse ich in einfacher Form über den Antrag der CSU-Fraktion abstimmen; das ist der Antrag auf Drucksache 17/23245. Wer dem Antrag der CSU-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, der Kollege Muthmann (fraktionslos) und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – FREIE WÄHLER. Damit ist der Antrag angenommen.

Nun komme ich zu dem Antrag in geänderter Form. Ich weise noch einmal darauf hin, was Prof. Piazzolo gesagt hat. Das ist die Drucksache 17/23226, Antrag der FREIEN WÄHLER. Namentliche Abstimmung! Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 11.48 bis 11.51 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Wir schließen die Abstimmung und zählen außerhalb des Sitzungssaals aus.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe zwischenzeitlich das Ergebnis der vorherigen Abstimmungen bekannt. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Prof. Dr. Piazzolo und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Dem Ehrenamt in Bayern eine starke Stimme geben – Sitz im Rundfunk- und Medienrat für die Bürgerallianz Bayern", Drucksache 17/23226: Mit Ja haben 19 und mit Nein 131

gestimmt, und es gab 4 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.07.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Dem Ehrenamt in Bayern eine starke Stimme geben - Sitz im Rundfunk- und Medienrat für die Bürgerallianz Bayern (Drucksache 17/23226)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst		X		Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge		X		Gote Ulrike		X	
				Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin		X		Güll Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güller Harald			X
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid			
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
von Brunn Florian		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brunner Helmut		X		Herrmann Joachim		X	
				Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin		X		Hiersemann Alexandra		X	
				Hintersberger Johannes		X	
Deckwerth Ilona		X		Hölzl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp		X		Huber Erwin		X	
				Dr. Huber Marcel		X	
Eck Gerhard				Dr. Huber Martin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Imhof Hermann			
Fehlner Martina		X					
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X					
Freller Karl				Kamm Christine		X	
Fröschl Markus				Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette		X	
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus		X		Knoblauch Günther		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		König Alexander		X	
Gehring Thomas		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Gesamtsumme	19	131	4